

NRW / Städte / Dinslaken

Asylbewerber kommen nicht alle zusammen

Wann neue Flüchtlinge nach Voerde kommen, ist unklar

28. November 2018 um 17:08 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Foto: Heinz Schild (hsd)

Voerde. Wohnsitzauflage ist zur Zeit zu 54 Prozent erfüllt. Stadt rechnet daher mit 162 Menschen.

Die Stadt Voerde erfüllt bei den Regelzuweisungen von Flüchtlingen die erforderliche Quote derzeit zu rund 94,5 Prozent. Das heißt, sie müsste aktuell noch neun Personen aufnehmen. Dies erklärte Rainer Kirchner, bei der Stadt Fachdienstleiter Soziales in der Sitzung des Sozialausschusses über die Flüchtlingssituation in Voerde. Außerdem ging Kirchner auf die Erfüllungsquote im Fall der Wohnsitzauflage ein, wonach Asylbewerber zunächst an dem ihnen zugewiesenen Wohnort verbleiben müssen. Diese liegt momentan bei rund 54 Prozent. Ergo müsste Voerde in dem Fall noch 162 Menschen aufnehmen. Wie berichtet, soll ein Teil dieser Flüchtlinge in der noch kaum belegten Unterkunft an der Schwanenstraße untergebracht werden, wo zeitlich befristet Platz für 64 Menschen zur Verfügung steht.

Noch sei völlig unklar, wann mit neuen Zuweisungen aufgrund der Wohnsitzauflage zu rechnen sei, nahm Kirchner aus einer Nachfrage bei der Bezirksregierung mit. Es sei davon auszugehen, dass die Asylbewerber nicht im Block, sondern in Tranchen kämen. Angesichts der Aussage, dass zunächst die Kommunen neue Flüchtlinge nach der Wohnsitzauflage zugewiesen bekämen, deren Erfüllungsquote bei bis zu 30 Prozent liege, sei in absehbarer Zeit in Voerde nicht mit Neuzuweisungen zu rechnen.

Der Fachdienstleiter Soziales berichtete darüber hinaus über die vom Städte- und Gemeindebund NRW kürzlich erneut gestellte Forderung, dass das Land den Aufenthalt geduldeter Personen ohne Bleiberecht auch ab dem vierten Monat nach dem Ablehnungsbescheid finanziert, zurzeit passiert dies nur in den ersten drei Monaten. Faktisch blieben diese Menschen deutlich länger im Land, oft sogar für mehrere Jahre, argumentierte Roland Schäfer, Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, kürzlich in Düsseldorf. Allein 2018 seien dafür bei den Kommunen in NRW Kosten in Höhe von 645 Millionen Euro aufgelaufen. Die Zahl der geduldeten Personen ohne Bleiberecht belief sich in Voerde (Stand 18. September) auf 96. Für 27 davon zahlte zu dem Zeitpunkt das Land. Bei den anderen 69 Personen waren da bereits besagte drei Monate verstrichen.

Auch berichtete Kirchner von der seitens des Städte- und Gemeindebundes NRW positiv aufgenommenen Ankündigung der Landesregierung, die Integrationspauschale des Bundes ungekürzt an die Kommunen weiter reichen zu wollen. Damit erhielten diese nicht wie 2018 lediglich 100 Millionen Euro, sondern 433 Millionen Euro.

(P.K.)